

15.05.2013 21:55 Uhr

MünsterscheZeitung.de

Bauausschuss-Beschluss

Von Villa Heimann bleibt nur eine Ecke stehen

STEINFURT *Von Christiane Hildebrand-Stubbe*



Bald wird von der Villa Heimann nur noch eine Ecke zu sehen sein. (Foto: Steffen Maas)

Die ehemalige Villa der jüdischen Familie Heimann in Borghorst wird abgerissen und macht Platz für den Neubau einer Feuerwache. Lediglich ein ECKelement der Außenfassade soll erhalten bleiben und als "Gedenkstätte" fungieren. Damit folgte der Bauausschuss gestern Abend dem Kompromissvorschlag der GAL, die zu Beginn der Sitzung mit dieser dritten Variante aufgewartet hatte.

Für die politische Mehrheit aus CDU, FWS, GAL sowie der Hälfte der FDP-Fraktion (eine Stimme) war es zum einen der Zweifel an den berechneten Mehrkosten in Höhe von 100 000 Euro für die Integration der Villa in die neue Feuerwache, aber auch die deutliche Favorisierung der Wehr für einen kompletten Neubau, die den Ausschlag für ihre Entscheidung gab.

Varianten-Vergleich

Dabei hatte eingangs Architektin Simone Mattedi (Car- Plan) die bislang in der Diskussion stehenden Varianten I (Neubau ohne Villa) und II (Einbindung der Wache in das entkernte Villengebäude) gegenübergestellt. Und das mit dem Ergebnis, dass sich die beiden Modelle in den rein feuerwehrtechnischen Bereichen nicht unterscheiden, wohl aber durch ein reduzierteres Raumangebot für die Nutzflächen (Büros, Schulungs- und Sozialräume) sowie eine notwendige Harmonisierung der unterschiedlichen Ebenen von Alt- und Neubau bei Variante II.

Mattedis Kostenvergleich: Um rund 100 000 Euro würde Variante II höher ausfallen als Variante I und damit 4,8 Mio Euro teuer sein.

Die Kosten der für den Erhalt der Villa erforderlichen drei Gewerke (Unterfangung der Fassade, Entkernung und Sicherung) hatte Bauingenieur Dr. Markus Johow "sehr konkret" ermittelt, erneut hinterfragt und konnte sogar ganz aktuell die Festpreiszusage von acht Firmen vorweisen.

Die Ausschussmehrheit konnte das aber nicht überzeugen. So war für Reinhard Froning (FWS) das fehlende Geld das Kernargument. Zumal er erneut die genannten 100 000 Euro Mehrkosten anzweifelte und sie mit 500 000 bis 700 000 Euro bezifferte: "Variante I ist einfach falsch berechnet." Hans Günter Hahn (CDU) gab zu bedenken, dass die Mehrheit der Borghorster für den Abriss sei und richtete den Blick auf den jüdischen Friedhof in Borghorst: "Ich bedauere sehr, dass dieser mittlerweile zur Hundeanstalt verkommen ist."

Teil der Geschichte

Argumente, denen Franz Kohne (FDP) entgegenhielt: "Wenn wir immer den Hinweisen der Bürger gefolgt wären, gebe es 80 Prozent der Burgsteinfurter Altstadt nicht mehr." Kohne erinnerte auch an die besondere Bedeutung der Gründerzeitvilla - nicht nur als Wohnhaus einer jüdischen Familie sondern auch als Teil der Borghorster Industriegeschichte. Gleichzeitig erklärte er, dass seine Fraktion geteilter Meinung sei und nicht einheitlich abstimmen werde.

Hans Dieter Makus (SPD) ließ sich von Steinfurts stellvertretendem Stadtbrandinspektor Franz-Josef Gönner noch einmal bestätigen, dass die Feuerwehr die Planung mit erarbeitet und erklärt habe, dass sie mit beiden Varianten "leben könne".

Makus' Schlussfolgerung: In beiden Fällen habe man es mit einer funktionsfähigen Wache zu tun, die Villa mit ihrer so hohen gesellschaftspolitischen Bedeutung könne also erhalten bleiben. Ein "abgebrochener Zahn" aber, wie ihn die GAL vorschlage, konterkariere das Anliegen des Gedenkens.

Letztlich fruchteten aber auch die Appelle von Josef Bergmann (Stolpersteine) und dem Technischen Beigeordneten Reinhard Niewerth nicht. Für Bergmann war klar: "Es liegt nicht am Geld." Nicht nur stünden bereits 54 000 Euro an Spenden zur Verfügung, sondern auch die fehlenden Mittel würden aufgebracht. Er sprach auch von der großen Bürgerinitiative für den Erhalt der Villa und von einem "schlechten Bild für diese Stadt" im Falle eines Abriss-Beschlusses.

Niewerth: "Wenn das Gebäude fällt, werden wir es schon morgen bereuen."

Da auch ein Antrag von Grünen und SPD scheiterte, den Beschluss wegen der Komplexität der Thematik erst im Rat zu fassen, ist jetzt der des Bauausschusses bindend.